

# Ein Krieg wäre der totale Untergang

**Leserbrief zum Artikel „Russische Drohnen über Polen“ in der Oberhessischen Presse vom 11. September:**

In dem Artikel „Russische Drohnen über Polen“ ist mir der Absatz besonders aufgefallen: Vertreter der NatoStaaten berieten auf Antrag Polens ... in Brüssel über die Ereignisse. Die Sitzung lief unter Artikel 4 des Nato-Vertrags. Dieser sieht Beratungen mit den Verbündeten vor, wenn sich ein Nato-Staat von außen bedroht sieht.

Darin dokumentiert sich, dass die Nato von einer immer größeren, drohenden Kriegsgefahr ausgeht.

Die Frage, die sich damit stellt, ist die, wie man dieser Kriegsgefahr begegnen kann.

Mit der starken Aufrüstung wird Deutschland zur militärischen Basis in Europa, von dem für potenzielle Angreifer die größte Gefahr ausgeht.

Hinzu kommt noch mit Ramstein die größte militärische Basis der USA in Europa.

Deutschland wird damit für jeden potenziellen Aggressor zum wichtigsten anzugreifenden Ziel, das es als erstes auszuschalten gilt.

Birgt die militärische Aufrüstung wirklich die einzige Möglichkeit durch Abschreckung, einen Krieg zu vermeiden, oder beinhaltet sie nicht auch die Gefahr einer Rüstungsspirale auf beiden Seiten potenzieller Kriegsgegner? Es kann und darf nie mehr einen Krieg in Deutschland geben. Die Geschichte zeigt, dass es immer nur durch diplomatische Verhandlungen über die konträren Interessen der Kriegsparteien zur Vermeidung oder Beendigung von Kriegen gekommen ist. Und genau das und nicht nur einseitige Aufrüstung und Ingangsetzen einer Rüstungsspirale kann die Sicherung des Friedens in Deutschland/ Europa gewährleisten. Ein Krieg wäre der totale Untergang, wir sehen ja noch heute allein die Nachwirkungen des Zweiten Weltkrieges. Sehr bedauerlich finde ich die Nichterwähnung der beiden Veranstaltungen des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg“ am 1. September zum Beginn des Zweiten Weltkrieges und am 7. September auf dem Lutherischen Kirchhof, die von einer großen Zahl Marburger Bürger besucht wurden und die in diversen Vorträgen, unter anderem von Professor Christoph Butterwege, die Gefahren aufgezeigt haben, die in der einseitigen militärischen Aufrüstung zur Abwendung einer Kriegsgefahr liegen.

Wir brauchen dringend eine Änderung der einseitigen militärischen Aufrüstungslogik und -spirale und eine Fokussierung auf eine diplomatische Initiative, um bestehende Kriege (Ukraine-Russland) zu beenden und nicht noch größere Kriegsgefahren heraufzubeschwören.

Dirk Thielicke,  
Marburg

## Ein Krieg im Herzen Europas ist militärisch nicht führbar

**Liebe OP, gerne würde ich mich bei der Redaktion bedanken für Ihre Berichterstattung über die Aktionen der Marburger Friedensbewegung anlässlich des 1. Septembers, dem Tag, an dem sich zum 86. Mal der Überfall des Nazireichs auf Polen und damit der Beginn des**

## **Zweiten Weltkrieges jährte. Leserbrief zur Berichterstattung über die Aktionen der Marburger Friedensbewegung:**

„In Deutschland“, heißt es bei Wikipedia, „wird am 1. September der Antikriegstag begangen.“ So auch in Marburg. Die Gedenkveranstaltung vor dem Deserteurdenkmal am 1. September und das 9. Friedensforum am 7. September auf dem Hof der Lutherischen Pfarrkirche gaben Gelegenheit, nicht nur an Deutschlands dunkle Vergangenheit zu erinnern, sondern einen kritischen Blick auf die aktuelle deutsche Politik der umfassenden Kriegsertüchtigung zu werfen: Kriegskredite bis zu einer Billion, massivste Aufrüstung, schier grenzenlose Waffenexporte, das (zögerlich angekündigte) Wiederaufleben der allgemeinen Wehrpflicht. Dazu öffentliche Medien, die die Unvermeidlichkeit eines bevorstehenden Krieges mit Russland herbeitrommeln und einer umfassenden Militarisierung das Wort reden – und die nichts dabei finden, dass die Armen und Ärmsten diese Politik zu bezahlen haben, während die Reichsten ihre Vermögen immer weiter anhäufen können. In dieser Situation sieht die Friedensbewegung ihre Aufgabe darin, nüchtern auf die Gefahren hinzuweisen, die mit den Illusionen einer solchen Politik einhergehen.

Ein Krieg gegen die Atommacht Russland ist nicht gewinnbar. Deutschlands ‚nukleare Teilhabe‘ und die für 2026 vorgesehene Aufstellung neuer Raketen, die in sechs Minuten den Kreml erreichen können, werden im Kriegsfall die gegnerischen Raketen anziehen wie Magneten. Ein Krieg im Herzen Europas ist militärisch nicht führbar. Was verteidigt werden soll, würde zerstört. Niemand wird die Zivilbevölkerung schützen können. Umsteuern also.

Die Friedensbewegung verlangt, so wurde es auf dem 9. Marburger Friedensforum artikuliert, dass nicht der Krieg, sondern der Friede als Ernstfall verstanden wird, den es vorzubereiten und zu entwickeln gilt. Dafür müssen die für Krieg und Zerstörung bestimmten Unsummen dahin gelenkt werden, wo sie dringend gebraucht werden: in die soziale Infrastruktur und den Schutz der Umwelt. Und es müssen endlich die zur Kasse gebeten werden, die sich einer gerechten Vermögensverteilung entziehen. Die Diskussion auf dem Lutherischen Pfarrhof mit dem ausgewiesenen ‚Armutsforscher‘ Prof. Christoph Butterwegge bestärkte die Anwesenden, dass es noch nicht zu spät ist für eine andere Politik.

Ralf Schrader,  
Marburg